

NACHRICHTEN

Ausgabe 104, April 2017, zugestellt durch Post.at

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

Die ÖVP ist den ZeltwegerInnen im Wort Der Verkauf der Gemeindewohnungen wäre ein schwerer Schaden für Zeltweg

ÖVP-Vizebürgermeister Helmut Ranzmaier hat in der letzten ÖVP-Zeitung berichtet, dass er im Stadtrat zugestimmt hat, dass ein Verkehrswertgutachten für die Zeltweger Gemeindewohnungen und Garagen erstellt wird. Das wird laut Ranzmaier rund 30.000 Euro kosten.

Nach Fertigstellung des Gutachtens werde es Verhandlungen mit Wohnungsgenossenschaften geben. Dann komme der Verkauf in den Gemeinderat - und hier sei nicht klargestellt, dass die ÖVP einem Verkauf zustimmen werde, so Ranzmaier.

Vor den Gemeinderatswahlen hat die ÖVP ein klares Versprechen abgegeben: „**WIR VERKAUFEN KEINE GEMEINDEWOHNUNGEN**“ ÖVP Liste 2, das war klar und deutlich in der ÖVP-Wahlzeitung zu lesen. Damit ist die ÖVP den ZeltwegerInnen im Wort.

Die Frage des Verkaufs der Gemeindewohnungen war sicherlich auch ein wichtiges Motiv für die Wahlentscheidung. So hat die SPÖ als Einpeitscherin des Wohnungsverkaufs bei der letzten Wahl eine empfindliche Niederlage eingefahren.

Der Verkauf geht uns alle an

Der Verkauf der Gemeindewohnungen betrifft alle ZeltwegerInnen, nicht nur die MieterInnen. Denn die Wohnungen sind Teil des Gemeindevermögens. Das ist wichtig für die Kreditwürdigkeit einer Gemeinde. Denn nach der Bonität einer Gemeinde richtet sich die Höhe der Zinsen, die man für Kredite bezahlen muss. Vor allem aber hat die Gemeinde mit eigenen Wohnungen die Möglichkeit, gestaltend in den Wohnungsmarkt einzugreifen.

Die Aufgabe einer Gemeinde ist es, erschwinglichen Wohnraum anzubieten. In Zeltweg sind neue Wohnanlagen entstanden, weitere sind in Planung. Die Gemeindewohnungen haben hier die Funktion eines „Gegenpols“. Der Wohnungsmarkt darf nicht nur privaten oder gemeinnützigen Wohnbauträgern überlassen werden. Hier hat die Gemeinde die Aufgabe kostendämpfend zu wirken. Denn wenn es Konkurrenz



Einmal verkauft, ist die Möglichkeit der Gemeinde, erschwinglichen Wohnraum anzubieten, für immer dahin.

durch erschwingliche Gemeindewohnungen gibt, müssen die anderen Anbieter das in ihrer Mietzinsgestaltung berücksichtigen.

Unsere Region ist durch Abwanderung bedroht. Ein wichtiger Grund zu bleiben ist das Vorhandensein von günstigen Wohnungen. Wenn die Gemeinde die Wohnungen verkauft, verliert sie jede Möglichkeit zur Mietzinsgestaltung. So verschwindet auch dieser Bonus.

Viele glauben, sie seien von einem Verkauf der Gemeindewohnungen nicht betroffen. Aber es kann schneller gehen als man denkt (Scheidung, Arbeitsplatzverlust, Krankheit...) und man kommt in Situationen, in denen man froh ist, dass es erschwingliche Gemeindewohnungen gibt.

Der Verkauf von Gemeindeeigentum ist dadurch erschwert, dass es eine Zweidrittel-Mehrheit braucht um etwas verkaufen zu können. Allein daran ist erkennbar wie wichtig Gemeindeeigentum ist. Wenn die ÖVP nicht zustimmt, gibt es keinen Wohnungsverkauf. Ein Verkauf bringt einen kurzfristigen Geldsegen aber einen langfristigen Schaden. Deshalb ist es so wichtig, dass die ÖVP zu ihrem Versprechen steht, das sie den ZeltwegerInnen vor der Wahl gegeben hat.

Sportsubventionen: KPÖ gegen jede Kürzung

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden Subventionen für Sportvereine beschlossen. Die Subventionen setzen sich aus Barmitteln und der kostenlosen Benützung von Gemeindeeinrichtungen (z.B. Lehrschwimmbecken, Turnsäle) zusammen.

Eishockeyverein Zeltweg	45.700 Euro
Fußballclub Zeltweg	45.850 Euro
Judoteam Zeltweg	13.770 Euro
ATUS Zeltweg	15.285 Euro
Tischtennisclub Zeltweg	20.500 Euro

Die ÖVP stimmte gegen alle fünf Subventionen. Sie vertrat die Meinung, die Gemeinde müsse sparen und deshalb sollten die Subventionen um zehn Prozent gekürzt werden. Auch Grün-Gemeinderat Anton Hartleb vertrat die Meinung, Einsparungen müssten möglich sein. Er stimmte gegen die Subvention für den Eishockeyverein und den Fußballklub.

Braucht Zeltweg ein Lehrschwimmbad?

Beim Lehrschwimmbecken sind durch die unvorhergesehene Reparatur einer Pumpe Kosten von rund 3.900 Euro entstanden. Die ÖVP und GR Thomas Tragner stimmten dieser Reparatur nicht zu. Die ÖVP nahm diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass, um über die Zukunft des Lehrschwimmbeckens zu sprechen.

Das Zeltweger Lehrschwimmbecken ist in die Jahre gekommen. Die ÖVP vertrat die Ansicht, die Gemeinde solle das Lehrschwimmbecken aufgrund des drohenden Sanierungsbedarfs und angesichts der laufenden Kosten schließen. Dafür soll die Gemeinde einen Bäderbus in die Schwimmbäder der benachbarten Gemeinden finanzieren.

SPÖ-GR Marco Krätschmer gab zu bedenken, dass Schwimmen eine sehr wichtige Sportart ist. Die Fähigkeit schwimmen zu können ist sehr wichtig, manchmal sogar lebenswichtig. Wenn es in Zeltweg kein Lehrschwimmbecken mehr gibt, dann kommen sicherlich wesentlich weniger Kinder zum Schwimmen.

Wir finden, diese Bedenken sollte man sehr ernst nehmen. Eine Stadt in der Größenordnung von Zeltweg sollte eigentlich ein Schwimmbad, zumindest aber ein Lehrschwimmbad haben.

Die Sportsubventionen wurden bereits 2013 um zehn Prozent gekürzt. Wir waren bereits mit dieser Kürzung nicht einverstanden und haben den Antrag gestellt, diese Kürzung zurückzunehmen. Unser Antrag wurde damals von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Wir meinen, die Tätigkeit der Sportvereine ist wichtig für die Lebensqualität in unserer Stadt. Durch die Tätigkeit der Vereine wird vielen ZeltwegerInnen ein breites Angebot zur sinnvollen Freizeitgestaltung gemacht, das Gemeinschaftserlebnis gefördert und ehrenamtliche Tätigkeit hochgehalten. Das ist für alle ZeltwegerInnen, insbesondere aber für die Jugend, wichtig. Hier sollte es keine Kürzungen geben.

In Wahrheit müssten wir über Anhebungen reden. Denn die Höhe der Subventionen ist seit 2013 unverändert. Allein das bedeutet angesichts der Teuerung schon eine Kürzung.

Weil wir sparen müssen?



Die Gemeinden jammern darüber, dass sie von Bund und Land zu wenige Mittel bekommen, um ihre Aufgaben gut bewältigen zu können. In Zeltweg kommt noch dazu, dass die Gemeinde an den Folgen des Finanzskandals zu tragen hat.

Ein großer Fortschritt wäre es, wenn die finanzielle Benachteiligung der Steiermark gegenüber anderen Bundesländern beseitigt würde. Denn einige Bundesländer bekommen pro Einwohner mehr Geld vom Bund als andere.

Der ehemalige Grazer ÖVP-Finanzstadtrat Hermann Rüscher hat vorgerechnet, dass SteirerInnen im Jahr um ca. 230 Euro weniger an Ertragsanteilen vom Bund bekommen als die BewohnerInnen von Wien. Umgelegt auf Zeltweg gehen uns rund 1,7 Mio. Euro verloren.

Das ist eine bedeutende Summe. Damit sähe unser Gemeindehaushalt ganz anders aus. Leider wurde diese Ungleichheit bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen - trotz vieler vollmundiger Versprechungen - nicht beseitigt. Auch die so dringend notwendige Besteuerung von Vermögen und Gewinnen war kein Thema.

Die Stadt Graz hat angekündigt, gegen die nicht gerechtfertigte Benachteiligung im Finanzausgleich vor dem Höchstgericht zu klagen. Die KPÖ hat im Landtag den Antrag gestellt, das Land soll diese Klage unterstützen. Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Genau darauf läuft es hinaus: Wenn die Gemeinden nicht die nötigen finanziellen Mittel bekommen, steigt der Druck Gemeindevermögen (z.B. die Gemeindewohnungen) zu verkaufen. Der Privatisierungswahn geht weiter. Genauso hört man ständig davon, dass wir sparen müssen. Ideen, wie die Kürzung der Sportsubventionen oder die Schließung des Lehrschwimmbeckens, werden geboren.

Das wird dann als Sachzwang dargestellt. Aber es ist Wahrheit nur das Ergebnis einer falschen Politik. Denn Geld ist genug vorhanden, es ist nur in den falschen Händen. SPÖ und ÖVP sitzen im Bund und im Land in der Regierung, sie hätten es in der Hand ein sozial gerechtes Steuersystem zu beschließen.

Aus dem Gemeinderat

Kreuzung Hirschmugl

Die Einbindung der Hauptstraße in die Triesterstraße beim Gasthof Hirschmugl ist sehr unübersichtlich. Der spitze Winkel der Einfahrt erschwert die Einsichtnahme in die Bundesstraße. KPÖ-GR Peter Lorberau hat deshalb angeregt, man solle eine andere Verkehrslösung, z.B. einen Kreisverkehr, andenken. Der Bürgermeister antwortete, er werde dieses Anliegen an die Bezirksbauleitung weiterleiten.

Schulstartbeihilfe

Die Aktion „Schulstartbeihilfe“ der Gemeinde wird auch für das Schuljahr 2017/2018 weitergeführt. Alle Zeltweger SchulanfängerInnen erhalten eine gefüllte Schultüte im Wert von 50 Euro. Der Inhalt der Tüte wird mit der Schuldirektion abgestimmt.

Petition Sozialhilfeverband

Die Finanzkraft der Gemeinden im Murtal sinkt, die Gemeinden stöhnen über die Ausgaben für den Sozialhilfeverband. Nun wurde eine Petition ans Land beschlossen. Darin wird gefordert, dass finanzstarke Gemeinden höhere Beiträge bezahlen. Auch der Aufteilungsschlüssel der Sozialkosten (jetzt 40 % Gemeinden, 60 % Land) soll auf 30:70 zu Gunsten der Gemeinden verringert werden. Es wird sich zeigen, ob diese Petition erfolgreich ist. Ein wesentlicher Schritt um die Kosten zu senken wäre es, die Pflege nicht privatem Gewinnstreben zu überlassen, siehe auch Bericht Seite 6.

Stolperfalle beseitigt

In der vorletzten Gemeinderatssitzung haben wir auf den erhöhten Kanaldeckel am Gehsteig Linderweg vor der Ortstafel aufmerksam gemacht. Der Bürgermeister berichtete, dass diese „Stolperfalle“ beseitigt wurde. Wir bedanken uns.

Zwei neue Bushaltestellen

Im Bereich Kreisverkehr „Mayer“ werden auf der Bundesstraße in beiden Fahrrichtungen neue Bushaltestellen für den Regionalbus errichtet.

1. Mai in Graz Demo und Maifest

Die KPÖ feiert den 1. Mai mit einer Maidemonstration und einem Fest in Graz. Wir fahren mit dem Bus nach Graz, die Busfahrt ist gratis. Information und Anmeldung:

**KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg:
03512/8 22 40**

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Arbeit und Frieden – für alle! Maiaufruf der KPÖ

Der 1. Mai als Kampftag der arbeitenden Menschen verliert im Bewusstsein der Bevölkerung immer mehr an Bedeutung. Dabei wäre er gerade heute besonders wichtig. Um die Bedeutung dieses wichtigen Tages wieder in Erinnerung zu rufen, möchte ich den Maiaufruf der KPÖ veröffentlichen:

Die Wirtschaft ist produktiv, wir könnten alle in Frieden und Wohlstand leben. Stattdessen erleben wir die Vernichtung sozialer Standards, Kriege und Umweltzerstörung. Die Reichen sind eine kleine Minderheit. Aber diese Minderheit bestimmt, was in der Politik geschieht – damit muss Schluss sein!

Die Arbeitslosigkeit hat Rekordwerte erreicht. Wer Arbeit hat, lebt immer öfter in der Angst, sie zu verlieren. Die Preise steigen, während die Einkommen sinken. Immer mehr Menschen leben unter der Armutsgrenze. Gleichzeitig nimmt der Reichtum Weniger rapide zu.

Brandbeschleuniger dieser Entwicklung ist die EU. Sozialabbau und Entdemokratisierung sind die Grundlagen der EU und ihrer Verträge. Die EU ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Ein anderes, ein sozialeres und demokratischeres Europa ist nur jenseits der EU möglich.

Kriege sind wieder auf die Tagesordnung zurückgekehrt. Immer brutaler agieren NATO und EU-Staaten, um sich Rohstoffe und Einflussphären zu sichern. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Sie fliehen aus Ländern, in denen es Krieg und Verwüstung nicht geben würde, wenn USA, NATO und EU sie nicht destabilisiert hätten. Damit muss Schluss sein! Bomben bringen keinen Frieden!

Wir alle haben ein Recht auf ein gutes Leben. Durch eine längst fällige Besteuerung der großen Vermögen und eine Wertschöpfungsabgabe lassen sich zusätzliche Mittel für Bildung, Arbeit, Gesundheit und Soziales für alle Menschen lukrieren.

Wohin man auch schaut, zeigt sich: Der Kapitalismus bietet keine gute Zukunft. Er muss überwunden werden! Die KPÖ tritt für eine Wirtschaftsordnung ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt – und nicht die Profite. Am 1. Mai und allen anderen Tagen des Jahres...

**...meint Ihr KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau,
Tel: 0664/40477 21, Mail: p.lor@hotmail.com**



8. März- Internationaler Frauentag



Auch heuer verteilte die KPÖ in Zeltweg wieder Nelken zum Internationalen Frauentag.

Unsere Nelkenverteilung stand unter dem Motto „Für Frieden und Gleichberechtigung“. Damit wollen wir an die Durchsetzung der Frauenrechte erinnern.

Denn von völliger Gleichberechtigung sind wir leider weit entfernt. Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. In Österreich ist der Unterschied im EU-Vergleich besonders groß. Es gibt ein großes Interesse daran, dass das auch so bleibt. Die schlechtere Bezahlung der Frauen ist der Zusatzgewinn der Unternehmen.

Würden Österreichs Frauen ebensoviel verdienen wie die Männer – sie hätten im Jahr fast 20 Milliarden Euro mehr an Einkommen. Das zeigt eine kürzlich bekannt gewordene Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Um Kriegselend und Flüchtlingsströme zu beenden, müssen die Kriege beendet werden. Das muss das erste Ziel sein. Auch daran wollten wir mit unserer Verteilung erinnern.

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

**Unsere Homepage:
www.kpoe-steiermark.at**

Öffentlicher Verkehr wird ab Juli wieder teurer

Antrag dagegen von SPÖ/ÖVP abgelehnt

Die öffentlichen Verkehrsmittel in der Steiermark sind viel zu teuer. Jedes Jahr im Juli werden die Tarife automatisch angehoben. Grundlage dafür ist eine Vertragsvereinbarung, die es zulässt, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-fachen(!) des Verbraucherpreises vorzunehmen.

Im heurigen Jahr wird es eine durchschnittliche Erhöhung um 1,6 Prozent geben, während die Teuerungsrate im Vorjahr bei 0,9 Prozent lag. Einige Preise, wie z.B. die Stundenkarte, werden sogar um rund fünf Prozent erhöht.

Diese automatisierte Preiserhöhung ist im Hinblick auf die mageren Lohn- und Pensionserhöhung für immer mehr SteirerInnen untragbar.

Die Preiserhöhungen wurden in den vergangenen Jahren mit Kostensteigerungen bei den Verkehrsunternehmen, vor allem bei den Treibstoffkosten, begründet. Angesichts gesunkener Preise für Benzin und Diesel lässt sich diese Argumentation nicht länger aufrechterhalten. Der öffentliche Verkehr sollte attraktiv und kostengünstig sein. Diese Preiserhöhung bewirkt genau das Gegenteil.

Um etwas gegen diese Preisautomatik zu unternehmen, hat die KPÖ im Gemeinderat folgenden Antrag gestellt: „Der Gemeinderat der Gemeinde Zeltweg spricht sich gegen die bislang möglichen jährlichen Erhöhungen der Tarife beim Steirischen Verkehrsverbund um bis zum 1,75-fachen des Verbraucherpreises aus und fordert die Landesregierung auf, auf eine entsprechende Vertragsänderung hinzuwirken.“

Dem Antrag wurde von SPÖ und ÖVP keine Dringlichkeit zuerkannt, er kam also gar nicht auf die Tagesordnung. Warum es für SPÖ und ÖVP offensichtlich kein Problem ist, wenn der öffentliche Verkehr weit mehr als nur um den normalen Verbraucherpreisindex erhöht wird, wissen wir leider nicht. Beide Parteien haben ihre Ablehnung nicht begründet.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Pacher Renate. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltschildens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld



**Zeltweger
NACHRICHTEN**

Herzlichen Dank! Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Kautionsfonds verbessern!

Die Einführung eines Kautionsfonds für einen Zuschuss zur Kautions ist uns schon lange ein Anliegen. Nun hat das Land ab heuer auf Druck der KPÖ einen Kautionsfonds eingeführt. Die Abwicklung soll über die Gemeinden laufen. KPÖ-GR Peter Lorberau hat angefragt, ob sich auch die Gemeinde Zeltweg beteiligen wird. Der Bürgermeister antwortete, das Modell des Landes sei sehr kompliziert, weshalb Zeltweg nicht mitmache.

Diese Aussage bestätigt unsere Erfahrungen: Nur 79 der 287 steirischen Gemeinden bieten den Kautionsfonds an, weil der bürokratische Aufwand so hoch ist. In einem Antrag regte die KPÖ im Landtag an, dass sich SPÖ-Landesrätin Doris Kampus mit VertreterInnen der Städte und Gemeinden und Parteien zusammensetzt, um eine bessere Lösung zu finden. SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnten das aber ab. Ein Zuschuss zur Kautions wäre für viele wichtig. Deshalb sollte sich der Bürgermeister an das Land wenden, um Verbesserungen einzufordern.

Krisenwohnung

Auf Anregung der KPÖ wurde in Zeltweg eine „Krisenwohnung“ als vorübergehende Unterkunft bei Notfällen eingerichtet. KPÖ-GR Maria Wiesenegger hat sich nach den ersten Erfahrungen erkundigt.

Bei Notfällen kann man sich an die Gemeinde und in der Nacht an die BH wenden. Die Wohnung steht nicht nur ZeltweggerInnen, sondern auch anderen BewohnerInnen des Murtales offen. Bis jetzt wurde die Krisenwohnung noch nicht gebraucht.

Vielleicht ist auch zu wenig bekannt, dass es diese Einrichtung gibt. Das könnte verbessert werden.

Kinderland Steiermark Mitteilungen 114a
P.O. b. Verlagsspostamt 8010 Graz

Kinderland Steiermark
Ferienland 2017

SOMMERHITS

FÜR FERIENKIDS

1-2 ODER 3
Wochen möglich!

Feriendorf Turnerssee
vom 09. Juli
bis 12. August

Information und Anmeldung:

Brigitte Krivec: 0650/3833972

Erika Friesacher: 03577/22529

Eurofighter: Teure Aufrüstung mit Schmiergeldzahlungen



Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hat die ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 den Kauf der Eurofighter durchgedrückt. Die SPÖ hat danach versprochen aus dem Kauf auszusteigen. Nach den

Nationalratswahlen war alles vergessen.

Der Kauf der Eurofighter war die größte militärische Beschaffung in der Zweiten Republik. Kritiker des Ankaufs haben ausgerechnet, dass dieser Aufrüstungsschritt - Ankauf, Finanzierung, Betrieb und Infrastrukturkosten mit eingerechnet - rund sechs Milliarden Euro kostet.

Schon beim Ankauf gab es den Verdacht, dass hier viel Schmiergeld geflossen ist. Nun hat das Verteidigungsministerium Anzeige erstattet. Von Bestechung, Schmiergeldzahlungen und dubiosen Gegengeschäften ist die Rede. Mindestens 1,1 Milliarden Euro Schadenersatz werden gefordert.

Unsere Region hat nur den Lärm und die Umweltbelastungen, von neuen Arbeitsplätzen durch Gegengeschäfte war nichts zu spüren. 183,4 Millionen für Bestechungen sollen von EADS auf den Kaufpreis aufgeschlagen worden sein. Die österreichischen SteuerzahlerInnen haben demnach nicht nur diese Kriegsgeräte, sondern auch die Bestechungsmillionen bezahlt.

Ein Liebesdienst an die EU

Die Entscheidung zum Kauf der Eurofighter kam aber nicht nur durch mögliche Schmiergeldzahlungen zustande. Die Eurofighter sind jenes Flugmodell, das in die EU-Armee passt. Der Ankauf war auch ein Liebesdienst an die Aufrüstungspläne der EU und eine Stärkungsmaßnahme zum Aufbau eines großen europäischen Rüstungskonzerns (EADS - nun Airbus).

Ob in Bürgerinitiativen oder im Gemeinderat, die KPÖ hat jahrzehntelang gegen den Ankauf von Abfangjägern gekämpft. Wir fordern volle Aufklärung. Auch die Rücknahme der Eurofighter und die Rückerstattung des Kaufpreises sind anzustreben. Denn diese Milliarden wären bei Sozial- und Bildungsprojekten, aber auch bei den maroden Kasernen und den Grundwehrdienern viel besser aufgehoben.

Ob beim Verkauf der Bundeswohnungen, den Eurofightern oder bei den Verschlechterungen bei den Pensionen: Unter keiner Regierung gab es so viele Skandale und so viele Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen wie unter der ÖVP/FPÖ-Regierung.



Auch diesmal war der Kinderland-Maskenball wieder ein tolles Erlebnis für Jung und Alt. Kinderland-Zeltweg bedankt sich herzlich bei allen MitarbeiterInnen, die zum guten Gelingen beigetragen haben.

Pflege kann auch reich machen



Nun wurden überall in den Gemeinderäten die Rechnungsabschlüsse beschlossen. Überall stöhnen die Gemeinden über die steigenden Ausgaben für den Sozialhilfeverband. Die Steigerungen bei den Pflegeausgaben werden hier besonders hervorgehoben. Aber es gibt auch Leute, die Pflege offensichtlich reich macht.

In der Kronen-Zeitung vom 3. März 2017 stand über den ehemaligen FPÖ-Politiker und Chef der Kräutergarten-Gruppe Harald Fischl Folgendes zu lesen: „Pflegeheime spülten 68 Millionen Euro in Fischls Kassa“. Es wurde berichtet, dass sich Harald Fischl um 12,6 Millionen Euro ein Luxushotel auf Mallorca gekauft hat. Weiters steht zu lesen: „Der Ex-GAK Präsident war mit dem Verkauf der Pflegeheimgruppe „Kräutergarten“ zu beträchtlichem Vermögen gekommen. Zwei weitere Heime, die Fischl in Wien-Döbling betrieben hat, sollen vor wenigen Wochen um 68(!) Millionen Euro verkauft worden sein.“

Auch das Knittelfelder Wegwarteheim stand früher im Besitz der Kräutergarten-Gruppe von Harald Fischl, bevor er es an einen deutschen Immobilienfonds ver-

kauft hat. In Zeltweg hat die Gemeinde (gegen die Stimme der KPÖ) ein Grundstück zur Errichtung eines Pflegezentrums an die „Scheiflinger Pflegeheim- und Dienstleistungs-GmbH verkauft.

Damit hat die Gemeinde einen Beitrag dazu geleistet, dass die Pflege immer mehr in die Hand von privaten, gewinnorientierten Betreibern kommt. Die Steiermark ist das Bundesland, in dem es die meisten privaten Pflegeheime gibt. Eine völlig falsche Entwicklung.

Wie das Beispiel Fischls zeigt, ist die Pflege offensichtlich ein gutes Geschäft, während die Kosten für die öffentliche Hand explodieren. Überall ist auch zu hören, dass auf Grund der steigenden Kosten mehr gespart werden muss. Das Einzige, was man sich sparen kann, ist den Pflegebereich privatem Gewinnstreben zu überlassen. Denn dabei müssen nicht nur die Kosten der Pflege, sondern auch die gemachten Gewinne mitfinanziert werden.

kinderland
steiermark

Wir suchen MitarbeiterInnen!

Ob in der Kinderbetreuung, in der Küche oder bei der Reinigung, wir suchen MitarbeiterInnen. Eltern, die mithelfen, bezahlen keine Restkosten für die Ferienaktion, Großeltern bekommen einen Nachlass. Die Arbeit in der Kinderbetreuung gilt auch als Praxisnachweis.

Information und Anmeldung:

Brigitte Krivec: 0650/3833972

Erika Friesacher: 03577/22529

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 3. Mai

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 12.00 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Zur Information: Die Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen:

Donnerstag, 29.06.2017, 16.00 Uhr
Donnerstag, 28.09.2017, 16.00 Uhr
Donnerstag, 14.12.2016, 16.00 Uhr

Gemeinderatssitzungen sind für
Interessierte öffentlich zugänglich

Dauerbaustelle Wohnunterstützung

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde im Sommer 2016 die Wohnbeihilfe abgeschafft. Die Beihilfe wurde stark verschlechtert und wird nun „Wohnunterstützung“ genannt. Der Protest dagegen, der maßgeblich von der KPÖ getragen wurde, war massiv.

SPÖ und **ÖVP** mussten zurückrudern. Es wurde ein Härtefonds eingerichtet und ab Jänner 2017 wurden einige Verschlechterungen zurückgenommen. Aber die große Ungerechtigkeit, dass die Kinderbeihilfe nun erstmals zum Einkommen dazugerechnet wird, bleibt bestehen. Deshalb geht auch unser Widerstand weiter.

Das neue Gesetz, die baldige Novellierung des Gesetzes und die Installierung des Härtefonds bedeuten einen gewaltigen Verwaltungsaufwand. Das führt dazu, dass viele AntragstellerInnen monatelang auf ihre Beihilfe warten.

Gerade diese Menschen haben ein geringes Einkommen - sonst könnten sie keine Wohnunterstützung beziehen. Durch die langen Wartezeiten kann es zu finanziellen Engpässen und Mietrückständen kommen – ein großes Problem.

Auch die Beschäftigten in der Beihilfenabteilung sind nicht zu beneiden. Sie müssen die Beihilfen aufgrund der ständigen Änderungen stets neu berechnen und sind daher völlig überlastet. Deshalb hat die KPÖ den Antrag gestellt, das dortige Personal aufzustocken. Unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Das ist uns völlig unverständlich. Denn die langen Wartezeiten und diese Arbeitsbedingungen sind unzumutbar.

Die Mandatare von FPÖ, Grünen und KPÖ haben nun ein Normprüfungsverfahren des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof beantragt. Dafür sind die Unterschriften eines Drittels der Abgeordneten im steirischen Landtag nötig. Eine Hürde, die keine Partei aus eigener Kraft überspringen kann. Das Gesetz wird nun überprüft, eine Aufhebung wäre ein großer Erfolg im Sinne der betroffenen Menschen.

Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen!

Hände weg von der Wohnbeihilfe!

Wir fordern:

- Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe
- Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum, der Unterstützung	Unterschrift

Bitte einsenden an: **KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld**
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240

(Über-)Leben in Syrien



**Vortrag und
Diskussion
mit der
Journalistin
Karin
Leukefeld
zur Lage
in Syrien**

Seit über fünf Jahren herrscht Krieg in Syrien. Millionen Menschen haben alles verloren, sind geflohen oder leben in Angst. Die Gesellschaft ist tief gespalten. Die deutsche Journalistin **Karin Leukefeld** lebt jedes Jahr mehrere Monate in Syrien. Sie erläutert, warum die ganze Region in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies auf die betroffenen Staaten und ihre Gesellschaften hat und welche Perspektiven sich abzeichnen.

Mi. 26.4. 19.00 Uhr

Neues Volkshaus, Reselgasse 2, Knittelfeld



Wir laden sie herzlich ein!



Aktion „Rote Hand“ Kinderland-Aktion gegen Kindersoldaten

Die Aktion „Rote Hand“ ist eine weltweite Protestbewegung gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Rote Hände als Protest wurden zum ersten Mal am 12. Februar 2002 eingesetzt, als das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft trat.

Das Zusatzprotokoll verbietet den Einsatz von Kindern unter 18 Jahren in Kriegen und Konflikten als Soldaten. Der 12. Februar ist seitdem ein weltweiter Aktionstag gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten.

Beim Kinderland-Maskenball in Zeltweg konnten die Kinder einen Händeabdruck machen und sich so an der Aktion „Rote Hände. Keine Kindersoldaten!“ beteiligen.

Wir haben eine kleine Auswahl zu einem Plakat zusammengestellt und an die Bundesregierung geschickt.